

Stefan Gaitanides

## **Potenziale erkennen - Auf dem Wege zu einer ressourcenorientierten und partizipativen Sozialen Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft**

*Vortrag zum 40jährigen Jubiläum des Sozialkritischen Arbeitskreises (SKA)  
Darmstadt am 19.11.10*

Als alter 68er und im Schulterschluss mit den ergrauten und noch nicht müde gewordenen Häuptern dieser Generation, die in Ihrem Vorstand noch aktiv, möchte ich mein Thema mit kritischen gesellschaftspolitischen Anmerkungen zur gegenwärtigen Integrationsdebatte einleiten. Ich denke, dass ich damit auch dem Appell Folge leiste, der dem Namen Ihrer Organisation eingeschrieben ist: Sozialkritischer Arbeitskreis. Name ist Programm. Bei allem verdienstvollen Klein-Klein des Alltagsgeschäftes, sollte immer auch ein kritischer Blick auf die politischen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen geworfen werden, die je nach politischer und gesellschaftlicher Groß-Wetterlage die Handlungsspielräume der Profession erweitern oder einschränken.

Eine sozialkritische Auseinandersetzung mit der Integrationsdebatte scheint mir besonders wichtig für einen Träger, der sich zu 50-75 Prozent seiner Klientel seit nunmehr vier Jahrzehnten um die Integration von Zuwandererkindern und ihren Eltern bemüht.

Keine Angst, ich hole jetzt nicht zu einem gesellschaftstheoretischen Rundumschlag aus. Ich möchte nur die gegenwärtige gesellschaftspolitische Tendenz auf mein Thema hin befragen:

Welches Bild zeichnet die erregte Debatte dieses Herbstes von den Potenzialen der Migrantenbevölkerung? Welche Stellung bezieht die Politik zu der überfälligen Beteiligung von Einwanderern am Prozess der politischen Willensbildung?

Für diejenigen, die sich seit Jahrzehnten mit dem Migrationsthema, auf der wissenschaftlichen wie sozialarbeiterisch praktischen Ebene, beschäftigen, war nicht so sehr die von Thilo Sarrazin ausgelöste Debatte der Schock sondern die Zustimmung die er in weiten Kreisen der Bevölkerung geerntet hat. Grundtenor der Reaktionen war: „Seine genetischen Verirrungen hätte er sich sparen können, aber in der Sache hat er recht“. Populistische, fremdenfeindliche Töne erreichen heute auch weite Kreise der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“. Sarrazin und andere selbsternannte Repräsentanten der „bürgerlichen Mitte“, die „endlich aussprechen was viele denken“ bedienen sich zunehmend einer Überfremdungs-Rhetorik, die in dieser Offenheit bisher eher am rechten Rand des politischen Spektrums zu vernehmen war.

Dies ist auch ein europa-weites besorgniserregendes Phänomen. Denken Sie nur an den niederländischen Rechtspopulisten Wilders, der die von ihm geduldete konservative Regierung in der Ausländerpolitik vor sich her treibt, an die drakonische Verschärfung der Familiennachzugsgesetze in Dänemark und die 26 Prozent, die in Wien die rechtspopulistische FPÖ eingefahren hat, indem sie primär auf fremdenfeindliche Propaganda gesetzt hat.

Migranten, vor allem muslimischer Herkunft, werden als Totgewichte der Volkswirtschaft, als integrationsunfähig und -unwillig dargestellt, als Parasiten, die in die Sozialhilfe einwandern. Ihrem Beteiligungsbestreben am öffentlichen Leben werden antidemokratische Unterwanderungstendenzen unterstellt. Verdichtet wird diese Zuschreibung in dem Etikett „Integrationsverweigerer“. Dieser Begriff gehört für mich auf die Liste der „Unworte“ des Jahres.

Die breite Resonanz der Rechtspopulisten erklärt sich zu einem guten Teil aus der zunehmenden Angst der Mittelschichten vor dem sozialen Absturz und aus der schleichenden Entsolidarisierung der Gesellschaft. In einer Zeit in dem „jedem das Hemd näher ist als der Rock“, fallen populistische Argumente des Rückbaus der sozialen Sicherung für das untere Drittel der Gesellschaft und die Propagierung einer Steuer- und Sozialpolitik, die die Mittelschicht begünstigt, auf fruchtbaren Boden.

Moralische Skrupel bei der Aufkündigung der Solidarität mit den von der Krise am meisten Betroffenen können verdrängt werden mittels deren Diffamierung als Nichtsnutze und Nichtsköner im Gegensatz zum Selbstbild als „Leistungsträger, die den Karren für alle ziehen müssen“ (O-Ton Westerwelle).

Wenn Teile der Intelligenz und der politischen Klasse mit verbalen Ausfällen gegen Migranten voranschreiten und somit Fremdenfeindlichkeit salonfähig machen, wird auch bei vielen unterprivilegierten „deutschstämmigen“ (in Anführungsstrichen) Krisenopfern die Hemmschwelle gesenkt, ihre Frustrationen an den zugewanderten Sündenböcken auszulassen.

Politiker der großen Volksparteien werden durch diese Stimmungslage in die Defensive getrieben und vor allem die regierende CDU/CSU sieht sich gezwungen den Krebsgang in der Integrationspolitik anzutreten, um am rechten Rand keine Wähler an eine zukünftige rechtspopulistische Partei zu verlieren. Dem Ruf nach der Bestrafung von hartnäckigen „Integrationsverweigerern“ folgend, werden Sanktionen angedroht.

Statt die politische Initiative auf die konsequente Umsetzung der Förderversprechen des Integrationsplans zu fokussieren, wird die Bringschuld des Integrationsprozesses wieder einseitig den Migranten zugeschoben und eine Politik des strafbewehrten Einforderns von Integrationsanstrengungen der Migranten angekündigt.

Die Politik der Forderns und Förderns wird als ein Paradigmenwechsel inszeniert, eine Politik die sich abgrenzt von der angeblichen Kuschelpolitik des in der Vergangenheit angeblich dominanten Multikulturalismus. Die Schönfärberei multikultureller Vielfalt von Sozialwissenschaftlern, Sozialpädagogen und Initiativen in der Ausländerarbeit hätte zu Blindheit gegenüber gravierenden Problemen geführt, die maßgeblich auf die mitgebrachten kulturellen Orientierungen zurückzuführen seien.

Jetzt endlich habe die Union einer effektiven Integrationspolitik zum Durchbruch verholfen, die die Realitäten nicht verleugnet.

Durch solche Legendenbildung wird auch das nunmehr über Jahrzehnte andauernde Engagement der professionellen Sozialarbeit und der sozialen Initiativen der Zivilgesellschaft vom Tisch gewischt – also auch die Lebensleistung des SKA.

Wo wären wir, wenn es diese Arbeit nicht gegeben hätte?

Wie viel heiße Luft im angeblichen Paradigmenwechsel steckt, hat der jüngste Integrationsgipfel wieder einmal belegt. Schon Kritiker des Integrationsplans von 2007 hatten die Unverbindlichkeit der Selbstverpflichtungen der beteiligten staatlichen Akteure moniert.

Die bescheidenen Mittel, die in die Integrationsarbeit investiert werden, lassen Anspruch und Wirklichkeit der real existierenden Integrationspolitik weit auseinanderklaffen.

Ich möchte nur ein Handlungsfeld herausgreifen, auf dem sich die Bundesregierung in der Außendarstellung besonders zu profilieren versucht: Auf dem Gebiet der Förderung des Deutsch-Lernens. Sprache, Sprache, Sprache ... das sei der „Königsweg zur Integration“.

Nach dem Bekunden des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, müssen sich die in die Zehntausende gehenden Bewerber um Sprachkursplätze, die sich schon länger als drei Jahre in Deutschland aufhalten, bis zu fünf Jahre gedulden, bis ein Platz für sie frei wird, weil die Mittel beschränkt sind.

Die Vermittlung von Deutschkenntnissen ist aber nicht nur abhängig von gesteuertem Sprachunterricht sondern auch von den Kontaktchancen, von der Möglichkeit mit korrekt sprechenden native Speakern häufig zu kommunizieren. Diese Chancen werden durch strukturelle Segregationsprozesse verbaut, denen bildungsferne Migranten in besonderer Weise ausgesetzt sind.

Das Projekt der gebundenen, rhythmisierten Ganztags- und Gemeinschaftsschule, das Schule zum Lebensort umgestaltet, verbessert auch die Gelegenheiten zum ungesteuerten Spracherwerb.

Auch diesbezüglich sitzen die „bürgerlichen“ Volksparteien im Bremserhäuschen und verteidigen die Interessen ihrer Klientel.

Zu hinterfragen ist auch die unkommentierte Behauptung Deutschkenntnisse seien der „Königsweg zur Integration“.

Dieses Versprechen wird durch die Empirie nicht eingelöst.

Mehrere Studien haben inzwischen belegt, dass Sprachkenntnisse und darauf aufbauende gute Schulabschlüsse eine notwendige aber noch lange nicht hinreichende Bedingung für gleichberechtigte Teilhabe in Ausbildung und Beschäftigung sind.

Der Faktor Diskriminierung greift gerade auf den Ebenen höherer Qualifikation, wo die Konkurrenz mit Ur-Deutschen Mitbewerbern viel schärfer ist als in den weniger qualifizierten Berufsfeldern.

Das ist übrigens einer der Gründe, warum immer mehr gut qualifizierte Türken in die Türkei zurückwandern, wo Ihnen bessere Berufschancen eröffnet werden.

Das Thema Diskriminierung im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich gehörte deshalb auch auf die Tagesordnung des Integrationsgipfels.

Gegen den Willen der Migrantenverbände und der Vertreter der Sozialwissenschaft wurde das Thema aber zum dritten Mal strikt ausgeklammert.

Der geschilderte jüngste Diskurs um „Integrationsverweigerer“, das angebliche „Scheitern von Multikulti“ und die Überbetonung kultureller Integrationshindernisse erzeugen insgesamt ein Bild bisher zu großen Teilen gescheiterter Integration, für die primär die Zuwanderer und ihre multikulturalistischen Fürsprecher verantwortlich sind.

Ein ganz anderes Bild malen sozialwissenschaftliche Untersuchungen – wie zuletzt das Jahrgutachten 2010 des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration die Sinusstudie zu Migrantenmilieus oder die Frankfurter Integrationsstudie – beide von 2008.

Sie registrieren eher Fortschritte in den meisten Integrationsdimensionen und interpretieren partielle Segregationstendenzen überwiegend auf dem Hintergrund der strukturellen Verwerfungen des Arbeitsmarktes, der zunehmenden sozialen Spaltung der Städte und als eine Folge der selektiven Struktur des Bildungswesens.

„Da waren wir schon einmal weiter“ – meint Rita Süßmuth, die ehemalige Vorsitzende der Zuwanderungskommission, in einem Interview in der taz vom Montag. Dort wendet sie sich vehement in dem gegen den Leitantrag auf dem CDU Parteitag zur gnadenlosen Sanktionierung von angeblichen Integrationsverweigerern. Ihr Einspruch blieb ohne Bedeutung. Am Dienstag wurde der Leitantrag verabschiedet.

Ja, wir waren schon weiter. ...

Einen Meilenstein in der Bewertung der Integrations-Potentiale der Zuwandererbevölkerung setzte der 6. Familienbericht der Bundesregierung im Jahr 2000.

Der 6. Familienbericht hat erstmals in einer Expertise der Bundesregierung die Integrationsleistung der Zuwandererfamilien gewürdigt und damit einen Kontrapunkt zu dem bis dahin vorherrschenden Mainstream der öffentlicher Debatten gesetzt.

Bis dahin herrschte die Auffassung vor, die Migranteneltern hätten dank der stereotyp unterstellten patriarchalen Kultur und Heimatfixiertheit einen primär kontraproduktiven Einfluss auf die Integrationschancen ihrer Kinder.

-----

Nun zu meinem Thema im engeren professionsbezogenen Sinne:

„Ressourcen-Orientierung und Partizipation als Maximen einer sozialen Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft“.

Der Übergang zu dieser Themenstellung ist leicht herzustellen.

Für eine gelingende Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft ist das Erkennen und Entwickeln der Potenziale der Zuwanderungsbevölkerung von zentraler Bedeutung, ... die Abkehr vom defizitorientierten Blick. Das heißt nicht: wegschauen, schönreden, sondern da, wo es Schwierigkeiten gibt, Anfänge suchen, die Menschen da abholen wo sie sind, an den Ressourcen der Lebenswelt anknüpfen.

Ressourcenorientierung!?! ... Das heißt, die kulturellen Traditionen und die familiären Netzwerke auch als eine wichtige stabilisierende Identitäts- und Solidaritätsressource begreifen lernen und nicht nur als eine Abhängigkeitsfalle und ein rückwärtsgewandtes Unterstützungs-Angebot. So hebt der schon erwähnte 6. Familienbericht die materielle und emotionalen Unterstützung durch die Familie hervor, u.a. auch die Bedeutung der starken Geschwisterbindung und -solidarität, die auch in Familienkrisen und bei Generationskonflikten eine wichtige Stütze sein kann.

Ressourcenorientierung!?! ... Das heißt zugleich, die traditionelle kulturelle Prägung der Familien nicht überbewerten und die Dynamik des Sozialen Wandels im Heimatland wie in der Einwanderungssituation zur Kenntnis nehmen, an der emanzipatorische Soziale Arbeit anknüpfen kann.

Ressourcenorientierung!?! ... Das heißt, die besonderen interkulturellen Handlungskompetenzen wahrnehmen, die Menschen mit einer Wanderungsbiographie entwickeln können bzw. deren Kinder, die sich tagtäglich zwischen unterschiedlichen kulturellen Orientierungssystemen bewegen müssen: die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel, zur Rollenflexibilität und zur Ambiguitätstoleranz. In der Türkei, habe ich mir sagen lassen, sagt man „zwei Sprachen, zwei Menschen!“

Ich zitiere aus dem Jahresbericht 2009 Ihres Internationalen Jugendzentrums: „Außerdem bringen Jugendliche mit Migrationshintergrund für uns Ressourcen mit, die wir besonders fördern wollen, wie z.B. das biculturelle Potential oder die Mehrsprachigkeit.“ (S.6)

„Wir arbeiten ressourcenorientiert!“ ... Welcher Flyer einer Einrichtung behauptet das nicht von sich. Ressourcenorientierung ist leichter gesagt als unter Handlungsdruck im täglichen Arbeitsvollzug umgesetzt. Nur allzu leicht wird auf stereotype Muster zurückgegriffen, die Handlungssicherheit stiften. Meine langjährige Erfahrungen mit fallorientierter

Praxisreflexion – mit Praktikanten wie Berufstätigen – zeigen mir, wie schwierig die Habitualisierung eines ressourcenorientierter Blickes ist. Appelle reichen nicht aus. Die Umsetzung dieser Haltung in die tägliche Praxis setzt eine intensive selbstreflexive- und wissensbasierte Auseinandersetzung mit tief verwurzelten Selbst- und Fremdbildkonstruktionen voraus, – eines der zentralsten Essentials interkultureller Kompetenz. Darin sind sich die unterschiedlichen Lager der interkulturellen und antidiskriminierenden Pädagogik und Sozialpädagogik einig.

Von großer Bedeutung ist die Ressourcenorientierung auch für das pädagogische Personal der Schulen. Ich erwähne das, weil fast alle Projekte des SKA mit den Schulen eng zusammenarbeiten. Negative Erwartungen des pädagogischen Personals gegenüber Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund können zur Selffulfilling Prophecy werden. Sie blockieren die Entfaltung der Potenziale durch vermindertes Selbstvertrauen und vermehrte Versagensängste. Zu diesem Ergebnis kommt unter anderem eine sogenannte Metastudie des Wissenschaftszentrums Berlin. Sie hat internationale Studien über die psychosozialen Ursachen von eingeschränkten Bildungschancen von Migrantinnen- und Unterschichtenkindern ausgewertet. Die Forscher empfehlen daher eine „Optimierung der Leistungserwartungen“ des pädagogischen Personals, kombiniert mit der Entwicklung von individualisierten Lernförderkonzepten, sowie eine Verankerung Mut machender Erwartungen in der Schulkultur.

Als ein Beispiel der von den Forschern vorgeschlagenen Optimierung der Erwartungshaltung kann ich die Hauptschule Tübingen Innenstadt anführen. Sie ist vergleichsweise sehr erfolgreich, weil sie unter anderem sehr viel von ihren Schülerinnen und Schülern erwartet. Der Rektor sagte mir im Gespräch: Man sollte optimale Ziele anstreben, um suboptimale zu erreichen. Die Devise an der Tübinger Hauptschule lautet „Keiner bleibt zurück!“, „alle schließen ab!“, „Jede/r bekommt einen Ausbildungsplatz!“, „Jede/r kann etwas, was andere nicht können und stellt dies der Schulöffentlichkeit vor!“. Die Schüler werden zur Erreichung dieser Ziele durch interne Differenzierung, ein dichtes Betreuungsnetz, enge Vernetzung mit Jugendhilfe und Ausbildungsbereich und vor allem ein intensive Kulturarbeit unterstützt, die maßgeblich zur Steigerung des Selbstwertes und der Selbstreflexionsfähigkeit beiträgt.

Allerdings muss gesagt werden, dass Beispiele von „best practice“ oft schwer übertragbar sind. Eine noch so gute ressourcenorientierte Pädagogik und Soziale Arbeit kann die strukturelle Benachteiligung von Migrantinnen z.B. durch das dreigliedrige, monolinguale Schulsystem nicht aus der Welt schaffen. Und auch die Vision einer Gemeinschaftsschule scheint auf absehbare Zeit nur als ein Wahlangebot für die benachteiligten Quartiere politisch durchsetzbar – siehe Hamburg und Berlin. Auch wird ein noch so gutes Bildungssystem die Folgen von Armut, Stigmatisierung und den Einfluss prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Lebenschancen der Kinder nicht grundsätzlich beheben können.

Es geht in der Sozialpädagogik nicht um die Propagierung eines illusorischen oder gar zynisch klingenden „positiv thinking“, sondern um ein gestärktes Vertrauen in die Selbstwirksamkeit der Adressaten, mit dem sie die trotz alledem vorhandenen Handlungsspielräume nutzen können.

Die Potenziale der Kinder können nicht realisiert werden, ohne die Nutzung und Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und die Entwicklung von Erziehungspartnerschaften zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtungen.

Hier kommt der Sozialpädagogik eine wichtige Brückenfunktion zu.

Häufig schiebt das pädagogische und sozialpädagogische Personal den schwarzen Peter für mangelhafte Kooperation den Elternhäusern zu. Sie zeigten kein Interesse für die Schule oder würden den Bildungsauftrag gänzlich an die Schule delegieren. Dies jedenfalls ist das

Ergebnis von qualitativen Untersuchungen. Ich selbst habe eine Befragung in Raunheim bei Frankfurt über die wechselseitigen Fremd- und Selbstbilder durchgeführt. Dabei wurde deutlich, wie sehr die mangelhafte und moralisierend beklagte Elternbeteiligung durch die fehlenden sprachlichen Voraussetzungen der Mütter – oft nachgereiste Ehegattinnen – bedingt ist und durch die prekären Arbeitsverhältnissen der Väter. Dennoch fanden sich in der Untersuchung einige sehr aktive, qualifizierte Eltern der zweiten Generation, denen es gelingt als Multiplikatorinnen diese Eltern zu mobilisieren und ihnen Informationen zu vermitteln. Eine interviewte Elternbeirätin im Kindergarten ruft z.B. alle Eltern nach muttersprachlicher schriftlicher Benachrichtigung nochmals am Vortag des Elternabends an und sagt den Müttern, die kaum deutsch sprechen können: „Geht trotzdem hin, dann sieht die Erzieherin, dass ihr euch interessiert, dann geht sie besser mit eurem Kind um“.

Einige dieser Stadtteilmütter wurden zu Elterncoacherinnen ausgebildet. Sie berichten aber, dass sie eher als Feuerwehr bei Konflikten eingesetzt werden, als dass sie um Rat aus der Sicht ihrer lebensweltlichen Hintergrundkenntnisse gebeten werden. Die PädagogInnen reagierten auch distanziert auf ihre Änderungsvorschläge in Richtung interkultureller Öffnung. Einerseits wird der Mangel an Beteiligung beklagt andererseits wünscht man/frau sich auch nicht so sehr, dass in die eigene Arbeit hineingeredet wird. Eine Double-Bind-Botschaft, die Beteiligung will aber nur nach den eigenen Regeln.

Aber fassen wir uns als soziale Dienste auch an die eigene Nase! Haben wir uns ausreichend um die Repräsentation von Migranten im Personal und die Partizipation der NutzerInnen an der Gestaltung der Angebote bemüht? Wenn ja, haben sich die Ausbildungsstätten ausreichend um die Rekrutierung von Nachwuchs aus Kreisen der Zuwanderbevölkerung gekümmert und die Herausforderungen der Einwanderung in ihren Curricula aufgegriffen? ... Da müssen die Fachhochschulen sich auch ganz kräftig an die eigene Nase fassen.

Die Repräsentanz von Migranten in der Mitarbeiterschaft der Sozialen Arbeit ist ein Schlüsselthema interkultureller Öffnung.

Es gibt hinreichende empirische Hinweise, dass die Zugangsschwellen zu Sozialen Diensten durch die Beschäftigung von Migranten signifikant gesenkt werden. Dies liegt an einer Gemengelage von muttersprachlichen Kenntnissen, landsmannschaftlichen Vertrauensbonus, geteilter Migrationserfahrung und kulturellem Wissen. Auch können manchmal unumgängliche konfrontative Appelle besser angenommen werden, weil Kritik von „den eigenen Leuten“ weniger abgewehrt wird. Zudem erleichtern die „eigenen Leute“ die Identifikation mit alternativen Rollenvorbildern, die sich von traditionellen Geschlechter- und Altersrollen abheben. Migrantische Mitarbeiter haben einen leichteren Zugang zu den Migranten-Netzwerken und Organisationen. Der Vertrauensvorschuss kann sich auf das gesamte Team übertragen. Der Austausch und die Ausbalancierung unterschiedlicher Perspektiven in der Teamentwicklung stärkt die interkulturelle Kompetenz des gesamten Teams.

Fragen müssen wir uns auch, ob wir durch unsere – überspitzt ausgedrückt – fürsorgliche Belagerung – die Entfaltung von Selbsthilfekräften der Klientel eher behindern als fördern. Das Phänomen der erlernten Hilflosigkeit durch eine Hilfe, die einem zuviel abnimmt, wird in der Sozialen Arbeit seit Jahrzehnten, spätestens seit Wolfgang Schmidbauers „hilflose Helfer“ diskutiert.

Der paternalistischen oder besser maternalistischen Sozialen Arbeit wird der Empowerment-Ansatz als Kontrastprogramm entgegengesetzt. Er liefert wichtige Hinweise für die Hebammenkunst der Aktivierung von Selbsthilfekräften – auf der individuellen wie der kollektiven Ebene.

„Empowerment“ im Kontext der Sozialen Arbeit meint die Selbstermächtigung der Rat und Hilfe Suchenden durch eine Zurücknahme von Expertenmacht und die Aushandlung von sozialen Dienstleistungen in einem idealerweise gleichberechtigten Dialog. Wie es so schön heißt: „Die NutzerInnen sind die besten Experten für sich selbst und ihre Lebenswelt“ – oft gesagt aber nicht immer befolgt. Hinweise dafür, dass z.B. die Praxis der Hilfeplanung der Jugendämter bei Migrantenfamilien diesem Anspruch kaum genügt, hat eine exemplarische Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts ergeben.

Das scheinbar Paradoxe ist: Durch die Zurücknahme von Macht können letztlich beide Seiten ihre Potenziale besser entfalten: Die Professionellen erreichen ihre Ziele leichter, schneller und nachhaltiger und die Hilfebedürftigen entdecken ihre Selbstwirksamkeit, anstatt von Hilfe abhängig zu bleiben. Dies ist auch etwas, was z.B. migrantische Mitarbeiter bezüglich ihrer muttersprachlichen Sonderrolle lernen müssen: Die Abhängigkeit ihrer Klientel von ihrer Übersetzungstätigkeit. Ich bringe Ihnen einmal ein positives Beispiel der Entlassung aus dieser Abhängigkeit:

Y., eine sozialpädagogische Familienhelferin mit türkischen Wurzeln, die bei einem freien Träger in Berlin beschäftigt ist, begleitet ihre Klientin, die schlecht Deutsch spricht zum Jugendamt und bittet die dortige Fachkraft, Blickkontakt zur Klientin aufzunehmen, dieselbe Anweisung bekommt die Klientin. Sie selbst übersetzt wörtlich in kleinen Schritten und verhindert auf diese Weise die Delegation der Gesprächsführung an die Fachkraft. Die Klientin hat ein Erfolgserlebnis. Es funktioniert. Sie beschließt, einen Sprachkurs zu besuchen und wird langsam unabhängig von der Begleitung durch die muttersprachliche Fachkraft.

Empowerment schließt auch die Aktivierung der potenziellen kollektiven Ressourcen informeller und formeller Netzwerke der Lebenswelt mit ein. Damit kommen wir zu einem weiteren Meilenstein auf dem Weg zu einer ressourcenorientierten und partizipativen Sozialen Arbeit mit Migranten: zur Optimierung der Kooperation mit den MSO.

Migrantenvereine beklagen sich immer wieder, dass sie als Wasserträger für die Inszenierung des „kulinarischen Multikulturalismus“ angefragt werden. Sie fühlen sich aber nur selten als Partner, mit denen auf gleicher Augenhöhe auch über substanziellere Fragen verhandelt wird. Auch hier geht es darum, etwas von den eigenen Privilegien abzugeben um die kollektiven Selbstorganisationskräfte zu stärken – durch Programmberatung, räumliche Ressourcen, Vermittlung zu kommunalen Entscheidungsträgern usw..

Hierdurch macht sich die sozialraumorientierte professionelle soziale Arbeit keineswegs überflüssig. Ich habe dies selbst als Leiter des Griechischen Hauses München Westend erfahren. Die enge Kooperation mit den Migrantenvereinen führte zu einer starken Besucherzunahme und zur Entwicklung bedarfsgerechterer Angebote und die Vereine konnten ihre Arbeit durch Programmberatung und Vermittlung von Referenten qualifizieren. Viele Vereine konnten durch die Eröffnung von Handlungsperspektiven im Feld der Integrationsarbeit von ihrer einseitigen Herkunftsfixierung abgebracht werden. Manche haben sich in der Integrationsarbeit professionalisiert vor allem im Bereich der Prävention, der ja chronisch vernachlässigt wird.

Dieser sich schon in der Vergangenheit abzeichnende Trend setzt sich heute verstärkt fort. Viele Selbstorganisationen öffnen sich zunehmend für die Stadtteilarbeit und Elternbildung. Neben den Vereinen entstehen immer mehr Frauengruppen, die sich gegenseitig unterstützen und im Stadtteil engagieren. Aus ihren Kreisen werden häufig Multiplikatorinnen mit interkultureller Brückenfunktion rekrutiert in Programmen die nach dem peer-to-peer Beratungskonzept arbeiten, wie: Stadtteilmütter, Migranten für Migranten, FemmesTische.

Und noch etwas hat sich geändert. Immer mehr Qualifizierte und hier Aufgewachsene Migranten mischen sich in die Vorstandsarbeit ein oder gründen eigene Vereine. Sie haben ein eminentes Interesse, an der Bildung ihrer Kinder und am friedlichen Zusammenleben wie auch an dem Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung, von denen

auch Qualifizierte Migranten betroffen sind. Einige von Ihnen, die über eine einschlägige Ausbildung verfügen, gründen auch eigene professionelle Träger der Sozialen Arbeit und sind sehr erfolgreich dank ihres ausgeprägten interkulturellen Profils.

Am ehesten funktioniert die Zusammenarbeit noch in den „Projekten Soziale Stadt“ – durch die Vermittlung eines engagierten und interkulturell geöffneten Quartiersmanagements. Dies hat das Projekt Soziale Stadt Darmstadt/ Kranichstein ja auch mit der Unterstützung des interkulturellen Büros vorbildlich vorexerziert. Und ich entnehme dem letzten Jahresbericht der dort stationierten SchulOase, dass in Kranichstein die Vernetzung von Schulsozialarbeit, migrantischen Vereinen und Initiativen sehr gut vorangetrieben wurde. Umso schlimmer, wenn jetzt der Verkehrsminister ankündigt, die Mittel für die Projekte Soziale Stadt um die Hälfte zu kürzen. Auch dies wieder ein Beispiel für den Widerspruch von Appellen an die Integrationsbereitschaft der Migranten und Verweigerung erfolgversprechender integrationsfördernder infrastruktureller Investitionen.

Zum Schluss möchte ich noch einen Begriff in die Debatte werfen, der im Titel des Vortrags nicht auftaucht, einen Begriff, der stark aus der Mode gekommen ist, den der „Solidarität“. Es erscheint mir wichtig, dass die professionelle sozialarbeiterische Szene immer wieder die Stimme in der Öffentlichkeit erhebt, wenn ihre Zielgruppen in populistischen Debatten diffamiert werden. Aus persönlichen Kontakten weiß ich, wie es den Betroffenen gut tut, wenn ihnen in der Öffentlichkeit des Stadtteils oder der Kommune der Rücken durch solidarische Gegendiskurse gestärkt wird und wie dadurch Resignation und Rückzug vorgebeugt werden kann. Insofern stärkt Solidarisierung auch das Selbstwertgefühl und damit die Handlungsfähigkeit. Öffentlich Stellung-Nehmen, das tut einem auch selbst gut. Der Angriff auf die Integrität des Anderen ist auch einer auf mich, auf mein Menschen- und Gesellschaftsbild. Er ist auch ein Angriff auf die ethischen Grundsätze einer Sozialen Arbeit die sich als „Menschenrechtsprofession“ versteht.

Wichtig erscheint mir aber auch, dass von der sozialen Arbeit Impulse ausgehen können für eine Solidarisierung der Benachteiligten gleich welcher Herkunft im sozialen Nahraum und seien sie noch so sehr in ethnische Gruppenidentitäten aufgespalten.

Warum nicht die scheinbar abgegriffene Parole „Gemeinsam sind wir stärker“, die in der Bürgerinitiativbewegung, aus der auch der SKA hervorgegangen ist Hochkonjunktur hatte, wieder aufleben lassen und die Aufmerksamkeit auf die Gemeinsamkeit der Interessen der Stadtteilbewohner lenken. Warum nicht gemeinsame Projekte initiieren, die auch nachhaltige Begegnungsmöglichkeiten schaffen. Die sozialpsychologische Forschung ist sich darüber einig, dass Inszenierungen von Intergruppenkontakten im Rahmen von Projekten, die an gemeinsamen Lebenslagen und Interessen ansetzen, am besten geeignet sind, wechselseitige Vorurteile abzubauen und Allianzen zu schmieden.

Ansätze hierzu finde ich reichlich in Ihren Jahresberichten. Sie scheinen mir aber durchaus ausbaufähig.